

Das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU ist ein Programm, aus dem die Liebe zu unserer Heimat spricht, ein Regierungsprogramm mit festen Wurzeln im Bewährten, ein Regierungsprogramm mit Neugierde auf Neues, ein Regierungsprogramm, das unserem Land Zuversicht gibt. Das ist die Haltung, aus der heraus die Union seit sechzig Jahren Politik in Deutschland macht. Das ist die Haltung, aus der heraus es der Union gelungen ist, die wesentlichen Weichenstellungen unseres Landes richtig vorzunehmen. Ich erinnere an die Westbindung, eine der segensreichsten Entscheidungen von Konrad Adenauer. Ich erinnere an die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die eine wegweisende wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidung des zwanzigsten Jahrhunderts ist. Ich erinnere an die Vollendung der Einheit unseres Vaterlandes, eine Leistung, die in der Geschichte für immer mit dem Namen von Helmut Kohl verbunden sein wird. Und ich erinnere an die europäische Einigung, begonnen von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß, vollendet mit offenen Grenzen und mit einer gemeinsamen Währung durch Helmut Kohl und Theo Waigel.

Internationale Dimension

Wir haben die Kraft, und das seit sechzig Jahren. Jetzt ist der Punkt gekommen, wo wir zeigen müssen, wie wir in einer der schwierigsten Situationen unseres Landes die Weichen wieder richtig stellen. Die weltweite Krise hat die jetzige Bundesregierung gefordert wie selten. Und die

weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise wird die nächste Bundesregierung noch einmal fordern in einem Maße, wie das in sechzig Jahren noch keine Wirtschaftskrise vermocht hat. Was wir in den letzten Monaten erlebt haben, zeigt, dass wir eine Aufgabe von großer internationaler Dimension vor uns haben. Diese Herausforderung werden wir nur bestehen, wenn wir diese internationale Dimension erkennen und auf der anderen Seite unsere nationalen Aufgaben bewältigen.

Union steht für Regeln

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise konnte nur entstehen, weil es Exzesse auf den Märkten gab. Wolfgang Schäuble hat einmal gesagt: „Freiheit ohne Ordnung zerstört alles.“ Und so war die Situation an den Finanzmärkten. Ordnende Kräfte auf den Finanzmärkten gab es zu wenig oder gar nicht. Dadurch sind wir in eine existenzielle Krise gestürzt. Deshalb lautet die Aufgabe, ordnend einzutreten und alles zu tun, damit sich eine solche Krise nie wiederholt. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Das G20-Treffen in London hat wichtige Entscheidungen hervorgebracht. Aber wir haben das Ziel noch lange nicht erreicht. Und ich beobachte mit Sorge, dass einige inzwischen wieder ziemlich träge werden und bestimmte Regeln schon gar nicht mehr für so wichtig halten. Aber die Union steht dafür, dass es kein Ausweichen gibt: Es braucht Regeln auf den Finanzmärkten, es braucht eine nachhaltige Wirtschaft, und dafür werden wir sorgen.

Dabei müssen wir uns auch fragen, welche Ordnung geeignet ist, Exzesse an den Märkten zu verhindern. Für mich ist das die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wenn die Soziale Marktwirtschaft international verankert gewesen wäre, hätte es diese Krise nicht gegeben. Wir brauchen mehr als nur eine Regelung für Hedgefonds, eine Finanzaufsicht oder die Beurteilung von Rating-Agenturen. Hinzu muss etwas kommen, was die Prinzipien und die Werte beschreibt, auf deren Grundlage wir global wirtschaften wollen. Deshalb brauchen wir eine internationale Charta für nachhaltiges Wirtschaften, die die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft beinhaltet. Das halte ich für absolut notwendig, um zu verhindern, dass wieder eine solche Krise entstehen kann, wie wir sie jetzt erleben.

Exportschlager Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Exportschlager unseres Landes. Wir haben es geschafft, dass im Lissabon-Vertrag die Soziale Marktwirtschaft bereits als Ordnung des Wirtschaftens für die Europäische Union verankert ist. Wir werden mit einer Stimme, mit der Stimme Europas, dafür werben, die Prinzipien dieser Ordnung auch weltweit einzusetzen. Wenn man sich überlegt, dass unsere Vorgänger auch Unglaubliches geleistet haben, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut wurde, die deutsche Einheit geschafft und die europäische Einigung verwirklicht ist, dann sage ich: Wir können auch heute alles schaffen, wir haben die Kraft, und wir werden unsere Kraft genau für dieses Ziel einsetzen.

Auch auf der nationalen Ebene müssen wir uns zunächst die Dimension der Aufgabe, vor der wir stehen, vor Augen führen. Deutschland hat eine starke industrielle Basis, Deutschland ist Exportweltmeister. Umso mehr sind wir natürlich

davon betroffen, wenn es eine weltweite Krise gibt. Es ist unser Ziel, aus der Krise gestärkt herauszukommen, stärker zu sein, als wir vor der Krise waren. Das ist die Aufgabe für die nächste Legislaturperiode.

Was schafft Wachstum?

Wenn wir das Richtige tun wollen, dann dürfen wir uns vor der Herausforderung nicht drücken, sondern müssen Wege gehen, von denen wir überzeugt sind. 2009 ist nicht mit 2005 zu vergleichen. 2005 hatten wir ein riesiges strukturelles Defizit wegen der Misswirtschaft von Rot/Grün. Das hatte mit der internationalen Lage wenig zu tun. Damals haben wir gesagt: Wir müssen die Strukturen verändern und in Richtung eines ausgeglichenen Haushalts arbeiten. Und wir haben deshalb vor der Wahl davon gesprochen, dass wir die Mehrwertsteuer erhöhen werden. Das war ja keine angenehme Nachricht. Dann haben wir nach der Wahl das gemacht, was wir gesagt haben. 2009 ist die Situation eine andere. Die Frage, wie wir aus dieser weltweiten Krise herauskommen in einem Moment, in dem auf der Welt die Karten neu gemischt werden, diese Frage ist damit verbunden, dass wir Wachstum brauchen. Wir sind jetzt bald in der Talsohle der Krise angekommen. Aber damit ist diese Krise nicht vorbei. Vorbei ist sie erst, wenn wir wenigstens wieder da sind, wo wir waren, bevor sie begann. Der Weg aus der Talsohle ist genauso wichtig wie die Abfederung des Weges in die Talsohle. Wer dann am schnellsten wieder oben ist, der wird die Krise wirklich überstanden haben und stärker aus ihr hervorgehen, als er in sie hineingegangen ist. Deshalb müssen wir in den nächsten Jahren mit außergewöhnlicher Fantasie weiterarbeiten.

Erste Frage ist: Was schafft Wachstum? Das treibt uns um. Unsere Antwort darauf besteht aus drei Teilen. Natürlich

müssen wir zum einen darauf achten, dass wir wieder an den Punkt kommen, wo wir nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen, und deshalb haben wir ja auch die so genannte Schuldenbremse verabschiedet. Aber um das zu schaffen, ohne jedes Wachstum kaputtzusparen, ist es nach unserer Überzeugung notwendig, auch noch zwei andere Dinge zu tun. Das eine ist, in die Zukunft zu investieren, in Bildung und Innovation, und das Zweite ist, Motivation zu geben. Wir sagen denen, die in diesem Lande arbeiten, etwas leisten, Ideen haben: Wenn ihr einen Cent Lohnerhöhung bekommt, dann soll der nicht zum größten Teil beim Finanzamt landen, sondern davon sollt ihr auch etwas haben. Das gehört genauso zum Weg aus der Krise wie solide Haushaltspolitik und Innovations- und Bildungspolitik.

Zehn Prozent für Bildung und Forschung

Wenn wir über Investitionen in die Zukunft sprechen, dann sprechen wir vor allen Dingen über Bildung. Wir stehen auch unabhängig von der weltweiten Krise vor einem demografischen Wandel, wie wir ihn in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben. Die Menschen werden erfreulicherweise durch eine bessere Lebenserwartung immer älter, aber es wachsen zugleich immer weniger junge Menschen nach. Bis 2020 werden 3,5 Millionen weniger Menschen unter 25 in Deutschland leben. Das bedeutet vor allen Dingen für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, dessen Wohlstand auf der Produktion von sehr guten, innovativen Produkten ruht, dass wir jedem jungen Menschen eine Chance geben müssen, gut gebildet aus Schule und Berufsausbildung zu kommen. Deshalb haben wir mit den Bundesländern verabredet, bis 2015 zehn Prozent unseres Inlandsprodukts für Bildung und Forschung einzusetzen.

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, spricht am 29. Juni 2009 im Berliner Congress Centrum im Verlauf des CDU/CSU-Kongresses, bei dem die beiden Unionsparteien ihr Programm für die Bundestagswahl 2009 vorstellen.
© picture-alliance/dpa, Foto: Tim Brakemeier



Wenn man sich dann noch vor Augen führt, dass bei den unter 25-Jährigen entlang der Rhein-Main-Schiene in den Industriegebieten der Bundesrepublik Deutschland vierzig Prozent und zum Teil mehr Kinder einen Migrationshintergrund haben, dann wird die Dimension der Aufgabe überhaupt erst richtig sichtbar.

Integrationsland Deutschland

Die Integration ist eine zentrale Aufgabe. Jeder, der unsere Gesetze einhalten will, der sich für dieses Land engagieren will, der unsere Sprache lernen will, der ist uns herzlich willkommen, und der soll die gleichen Chancen haben wie alle anderen. Deutschland ist Integrationsland. Integration und Bildung gehören zusammen.

Es darf nicht so sein, dass wir irgendwann zwar die richtige Unternehmenssteuerreform haben, die Arbeitsbedingungen stimmen, aber die Betriebe weggehen aus Deutschland, weil sie keine Arbeitskräfte mehr finden. Das wird eines der größten Probleme. Deshalb müssen

wir die Bildungsrepublik Deutschland schaffen. Wir müssen die jungen Menschen nach ihren Anlagen, nach ihren Fähigkeiten fördern, und dazu gehört die Hauptschule genauso wie das Gymnasium. Wer glaubt, mit der Einheitsmethode kann er die Verschiedenartigkeit der Menschen gut darstellen, der irrt.

Wahlfreiheit bei Kinderbetreuung

Wir investieren in Kinderbetreuung auch für die unter Dreijährigen auf der Basis der Wahlfreiheit. Wer einen Platz für die Betreuung eines unter dreijährigen Kindes sucht, der kann diesen in vielen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland noch nicht sofort bekommen. Wir werden dabei unser Familienbild nicht etwa aufgeben, im Gegenteil, Familie ist da, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Dabei wollen wir endlich das umsetzen, was wir seit Mitte der 80er-Jahre in unserem Parteiprogramm immer wieder schreiben: Wahlfreiheit. Nicht mehr und nicht weniger. Wir trauen den Eltern zu, dass sie selbst entscheiden können, aber wir müssen auch die Möglichkeiten dafür schaffen, dass ihre Entscheidung lebbar ist.

Zukunftsprojekte und Umwelttechnologien

Wir können nur Exportweltmeister bleiben oder wenigstens einen der vorderen Plätze der Exportnationen belegen, wenn wir dafür sorgen, dass wir neue Produkte haben, neue Angebote. Deshalb benennt die Union in ihrem Regierungsprogramm Zukunftsprojekte, zum Beispiel bei den Umwelttechnologien. Heute arbeiten in Deutschland 250 000 Menschen im Bereich der Umwelttechnologien. Aber in den Vereinigten Staaten von Amerika hat man den Klimaschutz jetzt auch als eine Herausforderung entdeckt. Und wenn die Amerikaner einmal anfangen, sich irgendwo zu engagieren, dann sind sie

meist auch recht erfolgreich. Um da nicht ins Hintertreffen zu geraten, dürfen wir auf diesem Gebiet nicht nachlassen, sondern müssen weitermachen, dann haben wir eine Chance.

Wir wollen vorn dabei sein, wenn es um die Erforschung und Behandlung der Volkskrankheiten geht: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Demenz – Herausforderung für die moderne Medizin. Wir haben die Kraft, das zu schaffen. So wie wir im vergangenen Jahrhundert so vieles für die Welt erfunden haben, müssen wir es auch in diesem Jahrhundert tun, damit wir weiter unseren Wohlstand sichern können.

Arbeit von Menschen für Menschen

Wir müssen auch überlegen, wenn wir eine Gesellschaft mit mehr älteren und weniger jungen Menschen sind, wie wir den Älteren die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in einer aktiven Phase des Alters ermöglichen. Deshalb wollen wir in ganz besonderer Weise das Ehrenamt stärken. Wir wollen eine Anerkennung in der eigenen Biografie ermöglichen, wenn man ehrenamtlich tätig ist. Wenn wir eine höhere Erwerbstätigkeit der Frauen haben werden, dann wird viel ehrenamtliche Tätigkeit, die heute von den Müttern erledigt wird, gar nicht mehr geleistet werden können. Aber diese Leistungen müssen in unserer Gesellschaft erbracht werden. Deshalb ist die Förderung des Ehrenamtes eines unserer Zukunftsprojekte. Und wir müssen generell darauf achten, dass die Arbeit von Menschen für Menschen in unserem Lande besser anerkannt wird. Das ist eine der Voraussetzungen für eine menschliche Gesellschaft.

Das „Wir“ unseres ganzen Landes

Die Größe der Aufgabe, vor der wir stehen, wird nicht zu leisten sein, wenn es ein paar Politiker gibt, die Maßnahmen ergreifen, und die Bürgerinnen und Bür-

ger kaum oder gar nicht mitmachen. Deshalb ist die Voraussetzung dafür, dass wir das schaffen, dass es nicht beim „Wir“ der Mitglieder einer Partei oder beim „Wir“ der Politiker bleibt, sondern dass es das „Wir“ unseres ganzen Landes ist. Unser Angebot heißt: Macht alle mit, seid mit dabei! Ob in der Mitbestimmung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ob im Ehrenamt, ob durch die Familientätigkeit, ob im kulturellen Bereich – alle sind herzlich eingeladen, ihren Beitrag für unser Land zu leisten.

Seit 2005 haben wir gezeigt, dass wir die Zahl der Arbeitslosen senken können. Nach sieben Jahren Rot-Grün hatten wir über fünf Millionen Arbeitslose, und wir waren 2008 bei unter drei Millionen angekommen. Wir haben gezeigt, dass wir ohne die Krise der Weltwirtschaft 2011 einen ausgeglichenen Haushalt gehabt hätten. Wir haben gezeigt, dass wir Familien stärken können. Wir haben gezeigt, dass wir in Forschung investieren. Wir haben gezeigt, dass man Wachstum und Klimaschutz miteinander verbinden kann und nicht gegeneinander ausspielt. Und wir haben international gezeigt, dass man gut zusammenarbeiten kann, deutsche Interessen vertreten kann und trotzdem keine Achsenbildung und Spaltung braucht. Auch das hat Deutschland sicherer gemacht, und es hat unserem Land mehr Anerkennung gebracht.

Unsere Erfahrung aus sechzig Jahren erfolgreicher Politik für die Bundesrepublik Deutschland und das, was wir jetzt in der Großen Koalition geleistet haben, geben uns für die heutigen Aufgaben die Kraft zu sagen: Wir schaffen das, wir schaffen das mit unserem Angebot. Wir haben die Kraft, die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union gemeinsam. Wir haben die Kraft,

unser Land stärker zu machen. Wir haben die Kraft, Wachstum zu befördern. Wir können das nicht allein erzeugen, aber wir können die Bedingungen dafür schaffen.

Guter Partner in der Welt

Wir können das am besten mit einem anderen Koalitionspartner, nämlich mit der FDP. Weil die Überlappungen, die Gemeinsamkeiten mit der FDP für unseren Wachstumspfad größer sind als mit anderen Parteien. Unser Angebot als Volksparteien, unser Angebot von CDU und CSU, gilt für jeden. Unser Angebot heißt, mitzumachen auf diesem Weg, der nicht einfach sein wird, der uns viel abverlangt wird, der vor allen Dingen Mut erfordert, auch neu zu denken, der aber ein Ziel verfolgt, und das heißt, unser Land aus dem Tal schnell wieder herauszubringen und stark zu machen für die Herausforderungen der Zukunft.

Wir wissen, dass wir von Voraussetzungen leben, die wir selbst gar nicht schaffen können. Deshalb bitten wir auch andere mitzumachen, von den Gewerkschaften über die Unternehmer, die Mittelständler, die Familienunternehmer bis hin zu den Kirchen und den Religionsgemeinschaften in unserem Land. Wir bitten alle mitzumachen, die wie wir in einem Land leben wollen, das stolz auf sich sein kann, in einem Land, das stark ist. Mitzumachen bei der Überwindung einer schwierigen Zeit, um auch daraus Selbstbewusstsein zu gewinnen und weiter ein guter Partner in der Welt zu sein. Das ist unser Ansinnen. Und dafür werden wir kämpfen.

(Gekürzte und redigierte Bandabschrift der Rede Angela Merkels am 29. Juni 2009 beim CDU/CSU-Kongress, Berlin)